

Klaus Kernen

**Stimmrecht
und Interessenkollision
in der BGB-Gesellschaft,
der Bruchteils- und
der Erbengemeinschaft**



PETER LANG

Frankfurt am Main · Berlin · Bern · New York · Paris · Wien

INHALTSVERZEICHNIS

INHALTSVERZEICHNIS	1
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	8
LITERATURVERZEICHNIS	12
Einleitung	1
Erster Teil: Die rechtliche Erfassung des Stimmrechts	6
<i>A. Der Begriff des Stimmrechts</i>	<i>7</i>
I. Die gesetzliche Regelung	7
II. Der Begriff des Stimmrechts in der Literatur	10
III. Der einheitliche Stimmrechtsbegriff der Literatur	12
<i>B. Das Stimmrecht des BGB-Gesellschafters</i>	<i>15</i>
I. Die systematische Stellung des Stimmrechts innerhalb der Mitgliedschaftsrechte	15
II. Das Verhältnis des Stimmrechts zur Geschäftsführungsbefugnis ..	17
1. Das Stimmrecht bei Geschäftsführungsentscheidungen	17
2. Das Stimmrecht als Abschwächung der Geschäftsführungsbefugnis	18
3. Das von der Geschäftsführungsbefugnis unabhängige Stimmrecht bei Grundlagen- und sonstigen Gemeinschaftsgeschäften der Gesellschafter	22
III. Der Ursprung des Stimmrechts im Gesellschaftsverhältnis	24
1. Die Unterscheidung von organschaftlichem und mitgliederschaftlichem Stimmrecht	24
2. Die Beziehung des Stimmrechts zum Gesellschaftsverhältnis ..	26
a) Das Stimmrecht als Ausfluß der Mitgliedschaft	26
b) Die untrennbare Einheit von Mitgliedschaft und Stimmrecht	28
aa) Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zum Ausspaltungsverbot	28

bb) Das "originäre" Stimmrecht für Nichtgesellschafter im Anschluß an BGH JZ 1960, 490	31
cc) Die Ablehnung des Abspaltungsverbotes in der Li- teratur	34
dd) Die Begründung des Abspaltungsverbotes in der Literatur	36
IV. Die Notwendigkeit des Stimmrechts bei gemeinschaftlicher Zu- ständigkeit	41
1. Anknüpfung an die bisherigen Ergebnisse	41
2. Das Stimmrecht als Verwaltungsbefugnis	42
3. Der durch das Stimmrecht beeinflussbare Vermögensbereich . .	45
a) Das Gesellschaftsvermögen	45
b) Der Gesellschaftsanteil	48
4. Die Träger der zu verwaltenden Vermögensmasse	55
5. Die gemeinschaftliche Zuständigkeit im Unterschied zur Alleinzuständigkeit	57
C. <i>Das Stimmrecht des Teilhabers und des Miterben</i>	60
I. Gemeinsamer Untersuchungsansatz für Bruchteils- und Erben- gemeinschaft	60
II. Das Stimmrecht im Rahmen der gesetzlichen Verwaltungsrege- lung	61
1. Das Stimmrecht bei gemeinschaftlicher Verwaltung nach § 744 Abs. 1 und § 2038 Abs. 1 Satz 1 BGB	62
2. Das Stimmrecht bei mehrheitlicher Verwaltung nach § 745 Abs. 1 und § 2038 Abs. 1 Satz 2 BGB	63
III. Die Vergleichbarkeit der Stimmrechtsentscheidungen innerhalb der Bruchteils- und Erbengemeinschaft mit denen innerhalb der BGB-Gesellschaft	63
1. Verwaltungsentscheidungen bei Bruchteils- und Erbenge- meinschaft	63
2. Die Vergleichbarkeit der Verwaltungsentscheidungen mit den Geschäftsführungsentscheidungen	67
a) Die fehlende Unterscheidung zwischen Geschäftsführung und Vertretung	67

b) Das Fehlen einer Zweckvereinbarung als Unterscheidungsmerkmal	68
3. "Grundlagenentscheidungen" bei Bruchteils- und Erbengemeinschaft	70
a) Das Fehlen eines Gesellschaftsvertrags als Unterscheidungsmerkmal	70
b) Die Vereinbarung einer vom Gesetz abweichenden Regelung als "Grundlagengeschäft"	71
4. Sonstige gemeinschaftliche Angelegenheiten	73
IV. Der Ursprung des Stimmrechts in der Teilhaber- und in der Miterbenstellung	74
V. Die Notwendigkeit des Stimmrechts bei gemeinschaftlicher Zuständigkeit	77
1. Der gemeinschaftliche Gegenstand und der Nachlaß als die durch das Stimmrecht beeinflussbaren Vermögensbereiche . . .	77
a) Die Wirkung des Beschlusses im Innenverhältnis	77
b) Die Wirkung des Beschlusses im Außenverhältnis	78
c) Die Außenwirkung des Beschlusses in bezug auf die gemeinschaftliche Vermögenssphäre	82
2. Der Anteil des Teilhabers und der Anteil des Miterben als die durch das Stimmrecht beeinflussbaren Vermögensbereiche	83
<i>D. Die Interessenkollision</i>	85
I. Die Problematik der Interessenkollision bei der Stimmrechtsausübung	85
II. Die auf den Abstimmenden einwirkenden Interessen	86
1. Herkunft und Bedeutung des Wortes "Interesse"	86
2. Der Begriff des Interesses in der Rechtswissenschaft	87
3. Das Privatinteresse	88
4. Das Gesellschafts- und das Gemeinschaftsinteresse	89
5. Sonstige Interessen	90
III. Die für einen möglichen Stimmrechtsausschluß bedeutsamen Interessen	90

Zweiter Teil: Der Ausschluß des Stimmrechts	92
A. Der Stimmrechtsausschluß in den Fällen der §§ 712, 715 und 737 BGB . .	92
I. Die gesetzliche Regelung	92
1. Allgemeines	92
2. Anwendungsbereiche und Rechtsfolgen	94
II. Die Beschlußfassung durch die "übrigen" Gesellschafter	99
1. Der vertragsändernde Charakter der Beschlußfassung	99
2. Die ratio legis und die geregelte Interessenkollision	100
3. Die Rechtfertigung des Stimmrechtsausschlusses des Betroffenen	103
III. Die Beschränkung des Stimmrechtsausschlusses auf den jeweils "betroffenen" Gesellschafter	104
1. Die Abberufung und Ausschließung mehrerer Gesellschafter	104
2. Kein Stimmrechtsausschluß in den Fällen "mittelbarer" Betroffenheit	109
a) Beispiele einer "mittelbaren" Betroffenheit	109
b) Die Zustimmungspflicht als Lösung des Interessenkonflikts bei mittelbarer Betroffenheit	111
IV. Schlußfolgerung für weitere Fälle einer Interessenkollision	114
V. Die Beschlußfassungen aus wichtigem Grund gegenüber einem Teilhaber oder einem Miterben	116
B. Der Stimmrechtsausschluß bei der Abstimmung über die Entlastung des Geschäftsführers oder des Verwalters, die Befreiung des Mitglieds von einer Verbindlichkeit gegenüber der Gemeinschaft sowie die Geltendmachung eines Anspruchs und die Einleitung oder Erledigung eines Rechtsstreits der Gemeinschaft gegenüber einem Mitglied	120
I. Die Beschlußgegenstände und ihre Bedeutung für die Personengemeinschaft und den einzelnen von der Abstimmung betroffenen Gesellschafter, Teilhaber oder Miterben	120
1. Die Beschlußfassung über die Entlastung	120
2. Die Beschlußfassung über die Befreiung eines Gesellschafters, Teilhabers oder Miterben von einer Verbindlichkeit gegenüber der Gemeinschaft	125

3.	Die Beschlußfassungen über die Geltendmachung eines Anspruchs und die Einleitung oder Erledigung eines Rechtsstreits der Gemeinschaft gegenüber einem ihrer Mitglieder . .	130
II.	Der Stimmrechtsausschluß	133
1.	Die Entwicklung der Rechtsprechung	133
2.	Die in der Literatur vertretenen Problemlösungen	142
3.	Die Auseinandersetzung mit der von der herrschenden Meinung vertretenen analogen Anwendung der verbandsrechtlichen Stimmverbote	143
a)	Der Inhalt eines in den verbandsrechtlichen Vorschriften niedergelegten allgemeinen Prinzips	143
aa)	Der Wortlaut des Gesetzes	144
bb)	Die geschichtliche Entwicklung der Stimmverbots-tatbestände	145
cc)	Das heutige Verständnis der Anwendungsbereiche . .	147
dd)	Die von der Literatur aus den verbandsrechtlichen Stimmverboten abgeleiteten allgemeinen Grundgedanken	148
(1)	Allgemeines Stimmverbot bei jedem drohenden Interessenkonflikt	148
(2)	Der Ausschluß verbandsfremder Sonderinteressen	150
(3)	Das Verbot des Richtens in eigener Sache und das Verbot des Insichgeschäfts	152
(4)	Die Stimmverbote als abgewandeltes Verbot des Insichgeschäfts nach § 181 BGB	153
(5)	Die Stimmverbote als Schutz der Minderheit und des Vermögens der Gesellschaft	156
(6)	Stellungnahme	157
b)	Die Übertragbarkeit des den verbandsrechtlichen Stimmverboten zugrundeliegenden allgemeinen Rechtgrundsatzes auf die BGB-Gesellschaft, die Bruchteils- und die Erbengemeinschaft	158
aa)	Die unvollständige Regelung im Recht der BGB-Gesellschaft, der Bruchteils- und der Erbengemeinschaft	158

(1) Historische Auslegung	158
(2) Teleologische Auslegung	160
bb) Die Vergleichbarkeit des geregelten Sachverhalts mit dem nicht geregelten Sachverhalt	167
III. Der Stimmrechtsausschluß bei Betroffenheit mehrerer stimm- berechtigter Personen	172
 C. <i>Der Stimmrechtsausschluß bei der Abstimmung über die Vornahme eines Rechtsgeschäfts mit oder gegenüber einem Gesellschafter, Teilhaber oder Miterben</i>	177
I. Der Beschlußgegenstand und seine Bedeutung für die Personen- gemeinschaft und den betroffenen Gesellschafter, Teilhaber oder Miterben	177
II. Der Stimmrechtsausschluß	181
1. Die Rechtsprechung	181
2. Die Literatur	184
3. Kritische Würdigung der Lösungsmöglichkeiten und Stel- lungnahme	187
a) Das Fehlen eines analogiefähigen allgemeinen Rechts- grundsatzes	187
b) Die Lücke im Recht der BGB-Gesellschaft, der Bruch- teils- und der Erbengemeinschaft	194
c) Die Vergleichbarkeit des geregelten Sachverhalts mit dem nicht geregelten Sachverhalt	201
4. Die Beschränkung des Stimmverbots auf die Abstimmungen über sogenannte Rechtsgeschäfte des Individualverkehrs	205
 D. <i>Die Stimmverbote und § 181 BGB</i>	211
I. Problemstellung	211
II. Der Gesellschafter stimmt mit seinen Anteilen in seinem Interesse ab	212
III. Der Gesellschafter oder ein Dritter stimmt als Vertreter für fremde Anteile in seinem Interesse ab	216
 E. <i>Das Stimmverbot in den Fällen mittelbarer Betroffenheit</i>	222
I. Problemstellung	222

II. Die Beteiligungsmöglichkeiten an der beschlußfassenden Personengemeinschaft und am Geschäftsgegner	226
1. Die Beteiligungsmöglichkeiten an der beschlußfassenden Personengemeinschaft	226
a) Die möglichen Gesellschafter einer BGB-Gesellschaft . . .	226
b) Die möglichen Teilhaber einer Bruchteilsgemeinschaft . . .	229
c) Die möglichen Miterben einer Erbengemeinschaft	230
2. Die Beteiligung am Geschäftsgegner der abstimmenden Gemeinschaft	231
III. Die Willensbildung in verschachtelten Personengemeinschaften . .	232
IV. Die Problemlösung in Rechtsprechung und Literatur	234
1. Die Rechtsprechung	234
a) Der Stimmrechtsausschluß bei Befangenheit eines gemeinschaftlich Beteiligten	234
b) Der Stimmrechtsausschluß bei Beteiligung am Geschäftsgegner	239
2. Die Ansichten der Literatur	243
a) Der Stimmrechtsausschluß bei Befangenheit eines gemeinschaftlich Beteiligten	243
b) Der Stimmrechtsausschluß bei Beteiligung am Geschäftsgegner	247
V. Stellungnahme	251
Zusammenfassung	255